

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Stahl)

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Kernerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Die Garantiefrage der Schatzscheine. — Das Abkommen Stinnes-Lubersac. — Poincaré, der „Historiker“.

Die Garantien für die Schatzscheine.

GA London, 4. Sept. (Eig. Draht.) Der „Times“ Korrespondent der „Times“ erklärt, er sei der Lage, zu bestätigen, daß die Frage der Garantien, die Deutschland auf den Beschluß der Reparationskommission für die an Belgien auszugebenden Schatzscheine geben muß, ohne Zweifel zu größter Befriedigung der belgischen und belgischer Regierung gelöst werde. Er habe diese Mitteilung von Sir John Bradbury, der dies nach seiner Rückkehr aus London nach Paris gesagt habe. Er fügte hinzu, daß die Frage bereits kürzlich in Berlin zwischen den Vertretern der Reparationskommission und Vertretern der deutschen Regierung besprochen worden sei. Sir John Bradbury habe bei seinem letzten Besuch in London den guten Ausgang als durchaus sicher hingestellt.

Die „Times“ kommentieren in ihrem Leitartikel den Bericht ihres Korrespondenten, der u. a. noch erklärt, Sir John Bradbury habe nicht weniger als sechs oder sieben verschiedene Kombinationen ausgearbeitet, um die deutschen Schatzscheine annehmbar zu machen. Er glaubt allerdings, daß die Kombination schließlich gewählt werde, die sich auf die Unterdrift der Bank bezieht. Das Wort der Reichsbank wird nicht einmal erwähnt, aber die Frage soll ein Argument enthalten, in dem England eine hervorragende Rolle spielt, und diese Festsetzung ist ebenso deutend wie gescheitert. „Es ist möglich, so fragt das Blatt, daß unsere Regierung oder irgendeine ihrer Mitglieder ein Projekt in Betracht zieht, bei dem englische Kredite in irgendeiner Form benutzt werden können, um eine Garantie für die deutschen Schatzscheine zu geben, für die Deutschland selbst sein Geld der Reichsbank nicht verpfänden will. Die Deutschen müssen daran denken, daß ein solches Vorgehen unbedingt die Zustimmung des englischen Finanzministers verlangt.“

Fehlende Stimmungsmache in der Pariser Presse.

GA Paris, 4. Sept. (Eig. Draht.) Die „Action française“ glaubt nicht an einen Erfolg der Reise de la Croix und Vemelmans nach Berlin, um über die Garantien zu verhandeln. In der Entscheidung der Reparationskommission will das Blatt nur ein Mittel sehen, um das „Viktualienverbot“ zu beseitigen. In Wahrheit habe man ausgeführt, „im Tempel des Hais Moria“ an Reparationen zu glauben. Nur die Delegierten und das Personal der Kommission erhielten noch etwas von Deutschland, und das auch wohl nicht mehr lange, denn es würde merkwürdig sein, wenn die Kommission die Reparationen lange überleben würde. „Die Reparationen“, schreibt das Blatt wörtlich, „existieren nicht mehr, seitdem man sie von einer unmöglichen Sache abhängig gemacht hat, nämlich der Gesundung der deutschen Finanzen, dem Auslasten der Inflationen und Sozialismus. Selbst wenn man auf das verzichtet hat, was es doch nicht geben kann: die positiven Garantien, die vom Wert der Mark abhängig sind.“ Die „Action française“ gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Reparationen nur noch auf Verträge beschränkt werden, wie das Abkommen zwischen dem Senator de Lubersac und Stinnes. Frankreich muß mit allen Mitteln darauf dringen, daß seine Schulden erlassen werden, aber unter keinen Umständen zuzustimmen, daß die Reichsbank zu räumen oder eine Reduktion des Geldes und der Flotte vorzunehmen; denn es dürfte die Mittel nicht aus der Hand geben, einen Druck auf Deutschland ausüben zu können, wenn es selbst von den Verdäkten befreit werden sollte.

Die Frage der Garantien wird auch von der nationalistischen „Libre Parole“ angeschnitten. Das Blatt weist darauf hin, daß Engländer, Amerikaner, Holländer und Schweden im Begriff seien, einen großen Teil der Aktien der deutschen Industrie aufzukaufen. Auf diese Art und Weise könnten sie Hand auf das gesamte Ausgabebudget legen, müssen mühe Frankreich endlich zwingen, zu drohen, sondern mühe vorgehen und „Schick und Ehre“ auf die Grenzen des Ruhrgebiets legen. Das Blatt wirft Poincaré vor, daß er Frankreichs Rechte nur mit Worten verteidige. Da aber jetzt die Deutschen unmöglich seien, da sie sich dem Ausland unterwürdig glauben, selbst uns nichts anderes übrig, als energisch zu handeln.

Lieferungen von Stinnes

nach Nordfrankreich.

WTB Paris, 2. Sept. (Draht.) Gavas berichtet: Der Präsident der Generalbesetzungs-Kommission für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hat heute in Uebereinstimmung mit dem Berliner Abkommen vom 3. Juni 1922 einen Vertrag mit Hugo Stinnes für Lieferung von Baumaterialien. Diese Materialien sind ausschließlich für die der Gesellschaft angegliederten Beschäftigten bestimmt.

Das „Deuere“ seinerseits begrüßt das Abkommen Lubersac-Stinnes und meint, derartige Konferenzen machten weniger Aufsehen als die der Premierminister, aber sie hätten wenigstens den einen Vorteil, einen Teil von dem gut zu machen, was die anderen verderben.

Amerikaner Mitarbeiter.

GA Rom, 3. Sept. (Eig. Draht.) „Giornale d'Italia“ meldet aus Paris, es sei festgestellt, daß der an den Verhandlungen der Reparationskommission in strittiger Unverbindlichkeit teilnehmende amerikanische Beobachter den Spruch der Kommission beeinflusst habe. Cox und Vandenberg hätten nunmehr die Möglichkeit, wirkungsvoll in Washington aufzutreten. Die Blätter betonen, daß, falls die Reparationskommission mit ihrer Entscheidung ein verschiebtes Notatorium schaffen wolle, alles gut sei, sonst wäre die Lage verschlimmert. Der Stimmungsbericht des italienischen Delegierten Sabogio Maggioni ging nach dem „Giornale d'Italia“ die formelle Anfrage an Dubois voraus, ob es wahr sei, daß er von Poincaré bevollmächtigt wäre, eine vermittelnde Formel anzunehmen, unter der Belästigung Frankreichs werde sich jeder Aktion im besetzten Gebiet enthalten und auch sonst keine Konflikte heraufbeschwören. In diesem politischen Streifen, die durch den Optimismus in der Beurteilung der Ausgangs-November zu erwartenden neuen Konferenz beeinflusst sind, wertet man ausschließlich den durch die Entscheidung der Kommission erreichten Zeitgewinn.

GA London, 3. Sept. (Eig. Draht.) Die „Sunday Times“ gibt in ihrem Leitartikel ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten jetzt mehr geneigt scheinen, sich für die europäischen Probleme zu interessieren. Das Blatt meint, es sei dies eine sehr heilsame Intervention, denn Europa sei augenblicklich in eine Sackgasse eingeschlossen, zu der die Vereinigten Staaten den Schlüssel in Händen hätten.

Ein offener Brief Poincarés.

WTB Paris, 3. Sept. (Draht.) Poincaré antwortete dem früheren Finanzminister Klotz auf ein Schreiben, er bestätige, daß Klotz von dem erwähnten Klotz in der vorgelegten angenommenen Entscheidung der Wiederverhandlungsausschusses überlassen sei. Sobald die Regierung ihn erfüllt, schrieb sie der französischen Abordnung, um sie auf die Unzulänglichkeit der zweifelhafte Forderung aufmerksam zu machen. Dubois gab die Versicherung ab, daß er niemals eine etwaige Verminderung der deutschen auswärtigen Verpflichtungen auf Kosten Frankreichs in Erwägung gezogen habe. Was die Regierung betreffe, führte sie auch weiter die wiederholte öffentliche von der Tribune der Kammer verurteilte Politik durch. Sie könne keinerlei Verminderungen der Forderungen an Deutschland als im Rahmen der allgemeinen Regelung anerkennen, in dem alle alliierten Schulden geregelt werden.

Eine neue Verdächtigung Deutschlands

WTB Paris, 3. Sept. (Draht.) In seiner Rede, die Ministerpräsident Poincaré heute in Conseil der Einweihung des Denkmals zum Gedächtnis des Historikers Sorel hielt, „ludte“ der Ministerpräsident an der Hand der Geschichtsbildung Sorels den Beweis zu erbringen, daß Frankreich am häufigsten „durch den Ehrgeiz und den Haß rivalisierender Nationen“ zu Kriege provoziert worden sei.

Seit dem Jahre 1790 habe der Plan bestanden, Frankreich Elfaß und Lothringen wegzunehmen, und er sei bis zum Sturz des Kaiserreiches weiter verfolgt worden. Und da man gefunden habe, daß er durch den Vertrag von 1814 noch nicht gelöst sei, so habe man ihn im Jahre 1815 vorläufig abgeändert und ihn im Jahre 1871 zu Ende geführt. Niemand habe besser als Sorel eingesehen, wie unklar die aufeinanderfolgenden Verträge waren. Bei ihrer Abfassung hätten die Diplomaten Gebiete zerstört und Volksteile zusammengeheftet, wie das im 18. Jahrhundert die jüdischen Vertreiber Polens gemacht hätten (und etwas später Napoleon I.). Die hätten Europa in Staaten organisiert, wie wenn es in Europa keinerlei Nationen gäbe. Nun aber, bemerkte sehr richtig Sorel, leben die Staaten nur durch die Nationen, die sie vertreten. Belgier und Holländer waren gegen ihren Willen miteinander vereinigt worden, Polen war zersplittert geblieben, Italien war verteilert worden, so daß es nunmehr nur ein geographischer Ausdruck war. Österreich und Preußen hatten ungerechtfertigterweise erzwungene Besitztümer wiedergewonnen und sogar vergrößert, und zu gleicher Zeit hatte sich in ganz Europa der nationale Geist, der überall durch die Revolution und durch den Krieg geweckt worden war, mächtig entwickelt: „Raum von Napoleon befreit, stellte Sorel fest, haben die Deutschen getrieben von Barbarossa und Otto, die Herren Italiens, Lothringens, Burgunds und Flanderns waren.“ Poincaré schloß:

„Seit dem Tode Sorels ist der Traum der Deutschen unterbrochen worden, und sie sind schließlich soweit gekommen, dadurch, daß sie sich von ihren Stimmungsgeistern fortziehen ließen, daß sie die anderen Völker beunruhigten und eine allgemeine Empörung des Menschheitsgeistes hervorriefen. Aber wie lange werden sie an die Lehre denken,

die ihnen durch die Tatsachen gegeben worden ist und die schon so offensichtlich aus dem Studium Sorels sich folgern ließ? In ihrem verhängnisvollen Wahnsinn, die Rollen zu vertauschen, langen sie damit an, uns des Imperialismus zu beschuldigen, in einem Augenblick, wo wir der Welt gegenüber einen Beweis von ebenso großer Geduld wie Mäßigung geben, und wo sie selber von neuem das Reich Deutschland über alles! zur Würde des Nationalgefühls erheben. Meine Herren: Lassen wir immer wieder Sorel und bleiben wir bereit, unsere Rechte zu verteidigen.“

Gab es 1917 eine Friedensmöglichkeit?

GA Berlin, 3. Sept. (Eig. Draht.) Nach Prüfung des aus dem auswärtigen Amt und dem Reichsarchiv vorgelegten Aktenmaterials sowie auf Grund der ebligen Verhandlungen der Staatssekretäre a. D. von Kühlmann, Helfferich, Zimmermann, des Reichsanwalters a. D. Michaelis, des Reichsministers a. D. Rosen, Grafen Brodhagen, des Reichstagsabgeordneten Scheidemann usw. ist der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Untersuchung der papplichen Friedensvermittlung des Jahres 1917 zu folgenden Ergebnissen gelangt:

1. Ein Friedensangebot Englands lag im Sommer 1917 nicht vor.
2. Ebenso wenig kann in Betracht der vielfachen Schwierigkeiten und der immerhin fraglichen Verhandlungsbereitschaft auf seindlicher Seite von einer starken Friedenswahrscheinlichkeit gesprochen werden.
3. Eine ernste, durch die deutsche Regierung gewollte und zu prüfende Friedensmöglichkeit war bei Beginn der papplichen Friedensaktion zweifelhaft.
4. Die Ereignisse der Monate Juli und August in Deutschland und Österreich-Ungarn haben die

an sich nicht mehr harte Friedensgeneigtheit der Besatzmächte nicht erhöht.

5. Die deutsche Regierung hat in der formellen Behandlung der papplichen Friedensaktion Fehler begangen.

6. Auf Grund der vorliegenden Aussagen und Dokumente kann es als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß England und Frankreich ebenfalls Ende August 1917 ein Eingehen auf die pappliche Friedensvermittlung mit Rücksicht auf die gesamte Kriegslage als nicht in ihrem Interesse liegend betrachteten.

7. Die Frage, ob die pappliche Friedensaktion allein durch die Verzögerung der von der Kurie gewünschten deutschen Erklärung über die Freigabe Belgiens bereinigt worden ist, kann auf Grund der vorliegenden Akten und Zeugenaussagen nicht bejaht werden.

Oberschlesien stimmt ab!

Uebervältigende Mehrheit für den Verbleib bei Preußen.

WTB Deutsches, 3. Sept. (Draht.) Heute fand in Oberschlesien die Volksabstimmung darüber statt, ob Oberschlesien künftig preussische Provinz oder ein selbständiger Gliedstaat im Rahmen des Deutschen Reiches werden soll. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen stellt die Abstimmung ein überwältigendes Vertrauensvotum für Preußen dar. In den Städten war die Beteiligung roge, auf dem Lande etwas schwächer.

WTB Oppeln, 3. Sept. (Draht.) Nach dem jetzt vorliegenden Endergebnis der Volksabstimmung über die Autonomiefrage stimmten 513 120 für das Verbleiben der Provinz Oberschlesien bei Preußen und 50 400 für die Autonomie Oberschlesiens.

Gegen Zenerung und Wucher.

Mahnahmen der preussischen Regierung. — Der Wucher in Berlin. — Plünderungen und Arawalle.

Plünderungen in Pamborn.

GA Pamborn, 3. Sept. Nachdem es am Samstag vormittag auf dem Pamborner Wochenmarkt zu Plünderungen der Verkaufsstände gekommen war, wodurch die Geschäftslage geunungen wurden, die Waren zu verabschiedeten Preisen herzugeben, wurden am Nachmittag in verschiedenen Lebensmittelgeschäften in den Stadtteilen Marzahn und Buchhorn von der eindringenden Menge Zwangsverkäufe vorgenommen; Margarine und Käse wurden u. a. zu 50 Pf. das Pfund, Brot zu 10 Pf. je Stück verkauft. Infolge der Ausbeute wurde von der Polizeibehörde angeordnet, daß sämtliche Wirtschaften, Kaffee-, Theater usw. bis auf weiteres geschlossen bleiben müssen. Nur die Kinos dürfen spielen. Sämtliche Verkaufsstände sind unterjagt. Der Wochenmarkt und der auf den heutigen Montag angelegte Schweinemarkt fallen aus. Am Sonntag vormittag traten die Vertreter der kaufmännischen Organisationen und der Gewerkschaften zu Beratungen zusammen über Verbilligungsmahnahmen. Es wurde vereinbart, daß die Lebensmittel und Bedarfsgegenstände auf die am Samstag gültigen Preise an Pamborner Einwohner, die sich als solche durch Personalausweis oder Brotkarte ausweisen, ein Rabatt von 20 Prozent gewährt wird. Inzwischen war infolge einer am Freitag stattgehabten Belegschaftsversammlung eine Preisfestsetzungskommission gebildet worden, die auf dem letzten Wochenmarkt die Lebensmittelpreise auf etwa die Hälfte herabsetzte. Die Verkäufer haben sich genötigt, die Waren zu diesem Preise abzugeben. Eine Schupoabteilung, die auf dem Wochenmarkt gegen die Menge vorgehen wollte, wurde auf höhere Weisung wieder zurückgezogen. Der Sonntag verlief ruhig.

Die Verordnung des preussischen Ministers.

Berlin, 3. Sept. (Draht.) In der Samstag-Zeitung des preussischen Staatsministeriums, in der der ganze Komplex der gegenwärtigen Wirtschaftsanordnungen durchgesprochen worden ist, wurden die unmittelbaren bevorstehenden Verfügungen des Ministeriums des Innern angeordnet. Der amtliche preussische Preisdienst veröffentlicht die erste dieser Verfügungen, die an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin gerichtet ist und in der es heißt:

„Wenn auch nach wie vor gegeben werden muß, daß die fortschreitende Entwertung des Geldes, der Zustand der Mark und die derzeitigen täglichen Wertschwankungen den erzeugenden und Handel treibenden Kreisen die Berechnung eines angemessenen Absatzpreises der Ware äußerst erschweren, so sind doch die bereits früher beschlossenen Auswüchse bei der Preisbildung in letzter Zeit häufig in noch weit schlimmeren Formen zutage getreten. Insbesondere läßt man es heute vielfach an einer gewissenhaften Preisberechnung gänzlich fehlen und stellt die Preise ohne Rücksicht auf Herstellungskosten und Inlands- oder Auslandspreise einfach nach dem höchsten

Dollarfusse fest, während die Kaufkraft der Mark im Inlande keineswegs einen der Saluta entsprechenden Tiefstand erreicht. Ferner zeigt die tägliche Erfahrung, daß vielfach Waren in der unklaren Absicht, sie später zu ungleich höheren Preisen abzuleiten, auch gegenüber dem inländischen Käufer zurückgehalten werden. Solches gewissenlose Treiben unlauterer Elemente kann die Regierung unmöglich gestatten.“ Deshalb soll vornehmlich die Preisgestaltung der notwendigen Gegenstände des täglichen Bedarfs fortlaufend und eingehend überwacht, insbesondere nach den Gestehungskosten nachgeprüft werden. Es wird auch hingewiesen auf die Berücksichtigung des Salutaufschlags für Ausländer und gewünscht, daß die Waren, die nach Maß oder Gewicht verkauft werden, der Preisunterschied nach ganzen Metern, Pfunden oder Kilo und nicht nach Teilen angegeben wird.

Wo die Vorschriften über Preisbildung und Preisverhältnisse ausgeführt werden sollen, sind diese sofort wieder in Kraft zu setzen. Bei der Entgegennahme von Strafanzeigen aus der Bevölkerung haben die Polizeibehörden jedes Entgegenkommen zu zeigen. Angezeigte oder sonst irgendwie Wucherfälle sind mit äußerster Beschleunigung der Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen, um diese nach Möglichkeit in den Stand zu setzen, die Schuldigen einer strengen Bestrafung entgegenzuführen. Endlich ist dahin zu wirken, daß die Preisprüfungsstellen ihre wichtige Aufgabe mit Tatkraft wieder aufnehmen und durchführen.

Städtebau und Volksernährung.

Die Geschäftsfelle des Deutschen Städtebaues teilt u. a. mit:

Infolge der dringenden Zeichen um die Volksernährung während des kommenden Winters war der Ernährungsaußschuß des Deutschen Städtebaues gestern nach Halle einberufen worden. Die Städteverwaltungen können in ihrer gegenwärtigen furchtbaren Finanznot zur Milderung der Not nicht das geringste unternehmen ohne Genehmigung der nötigen Geldmittel von Reich und Staat. Alle jetzt öffentlich erdachten Hilfsmahnahmen sind und bleiben ohne finanzielle Reich- oder Staatshilfen gänzlich durchführbar. Die Fürsorge könnte sich auch immer nur erstrecken auf die Armen, die Sozial- und Kleinrentner, die Militärrentner (Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene). Diesen aber wird vielfach wirkungsvoller geholfen werden können durch Naturalien, einschließlich der Getreide, als durch Barunterstützung. Die Versorgung durch fertiges Essen in Form von Massenherstellung wurde übereinstimmend als durchaus unwirtschaftlich bezeichnet. Nur die Erhaltung von Mittellandwirtschaften wurde als bringendes Mittel für gewisse Bevölkerungsklassen bezeichnet. Die gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel unter die Bevölkerung wird zunächst in einer Form erreicht, welche die völlige Wirtschaftlichkeit vermeidet. Mit der Bekämpfung der zuderarbeitenden Zurschauderei ist man schon

10

Kaffee aus!



Mr. 36

[illegible][illegible][illegible][illegible]

Der zehnteinfache wertvolle Reichtum, welcher begann die neue Epoche in seiner Geltung. Die ersten Reichtümer gegen die lebendige Natur, trage an. Um 11 Uhr vermachte man mit der ersten Reichtümer an den weltlichen Gütern: Gold und Silber 4000-5700, Gold und Silber 6000-6700, Silber 14500-14800, Gold und Silber 11400-11700, Silber 10800-11200. Das Gold wurde für die Welt ein Reichtum von 0,17-0,17, Silber

[illegible]

Stuten.
G.A. Heilmann Veterinärmedizin, Berlin.
1. Stute (Wg. 2800 lb.) Im Jahre 1900 wurde sie
erst mal, scheinbar infolge der Unlandschaft,
aufgekauft. Sie war sehr gesund und wurde
besonders nützlich. Nach dem Tode der Stute
wurde sie im Jahre 1901 im Jahre 1902
erst mal, scheinbar infolge der Unlandschaft,
aufgekauft. Sie war sehr gesund und wurde
besonders nützlich. Nach dem Tode der Stute
wurde sie im Jahre 1901 im Jahre 1902

GA. BEZIRKST-GESUNDHEITSBÄUERLIN, Berlin.
 1. Sept. (Sag. Dracht.) Die Werte aus dem Blut
 sind fast sämtlich infolge der Nierenabfälle,
 welche durch die neue Vergrößerung des Blutes
 herbeigeführt wurden. Auch Zuckers der Nieren
 haben der Niere eine gute Stelle. Eine oberhalb
 nicht ganz den Wert der Niere (eigentlich mit
 der Niere in völliger Übereinstimmung, die schon in den letzten
 Tagen sehr gehandelt worden ist).

Schwankende Kurse	Benz-Aktien	Deutsches Stahlwerk 1450 + 25	Chemische Werte	Fal. d. Glanzstoff 1100 + 10	Arten & Co	800 800-25	Industrie
-------------------	-------------	-------------------------------	-----------------	------------------------------	------------	------------	-----------

NAME: _____
 ADDRESS: _____
 CITY: _____

2

Anlage-Papiere

100

Author: Stefania Berti	4	2000	2000
Editor: Stefania Berti	6	2000	2000

1000

Shaver, John	25	1200	10
Shaver, John	25	1200	10

[illegible]

[illegible]

Hauptgeschä
Bernsprecher
.....

Die Be...

GA Berlin
auch die deu
unterrichtet i
Regierung st
bis auf den

...für die Ver
...sind.

günstig man, d
berühmten (Sohn)
werden. Man
günstige
sich den R

Die b
Hand mit die
entgegennehm
mit den Pa
nehmen, d

Im Laufe
zwei Heft
den, in denen
Fragen beschä

langler Fridje
hielt über sein
gebet. Weit
Rel. Bern
mit Bextre

schiffe sind na-
turlich die
einige Borst
insbesondere
Umfragege-
treid

versorgung un-
lieferungsbereit-
zügigen Masse
Frage wird in
Reichsminister

Die Ste

WTB Zoul
tische Bericht
schreibt, es be
daß die briti

Antwort, auf
schlug zur A
ber Verbü
schulden und
britischen Re

rung einzu-
 strengung genu-
 Lage zu besser-
 daher in der

Continental-Ver-
bung begrüße
Frankreichs b
bedeutet eine
früheren Halte
Der Fonds

sagt, die br
Boincarés we
gesamte S
auflischen Ate
Stammort der

lauf bet nächst
Boxbereitungen
George habe
schädigungslos
durch und so

gegenüber der
britische Reg
Bund nach
den Regelung
kann nicht

WTB Sonder
Chronicle" ich

letzte Note sei
 so weinart
 lich zu einem
 als um zu ar
 das unangene

was die Erö-
würbe, oder f
Gefahr, daß
wird. Das W

die am 11. d. M.
in der
Verblindeten
Kasse in
Lageung be-
fanden.

getan haben
kommen grun
helfen und
Belfrieg ge
schmer sei

als den, böses
zu stiften. D
Ihr haben
konnen und der
Ihr müßten

der Kampf
noch, wir hier
noch eine Er
waren, auch H
Halle der

100